

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dankkonto: Gebr. Knobloch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Westringplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Westringplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5spaltige Nonpareilzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3spaltige Reklamazeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 1 M.

Nr. 69 Dresden, Mittwoch den 22. März 1922 33. Jahrg.

Aus der deutschnationalen Kloake

Unter der ansehenden Überschrift „Der Drang zur Futterkrippe“ mußte die Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland am 13. März folgendes zu berichten:

In der vergangenen Woche hielten sich u. a. namhafte Persönlichkeiten die Herren Minister Severing und Oberpräsident Göring aus Magdeburg in Leipzig auf. Und hier fanden sich die genannten am Abend mit dem dortigen Polizeipräsidenten, dem Genossen Richter, zu einer Flasche Wein zusammen. Bis hierher eine erfahrungsgemäß sehr glaubhafte Angelegenheit. Nun aber befand sich auf irgendwelche Art ein Herr Schlichting in Tischgesellschaft der drei Beamten. Man kam in angeregter, auch politische Gespräche, und im Laufe dieser Unterhaltung fiel aus dem Munde des Herrn Ministers die über den Namen Leipziger Weinlasele hinaus sehr interessierende Erklärung, daß der Regierungspräsident von Merseburg der nächste sei, der abgesetzt wird! Wieso und warum, das wurde nicht erörtert, wohl aber die sehr bemerkenswerte Frage des Nachfolgers für den abgehenden Herrn von Gersdorf. Kom' und Art des neuen Mannes für Merseburg ist: Stahl, Genosse (S. P. D.) aus Breslau!

Das deutschnationale Blatt berichtet, daß ihm dieser Bericht von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen sei. Der Bericht trifft auch vollkommen zu, bis auf die folgenden Kleinigkeiten: Minister Severing war seit zwei Wochen nicht mehr in Leipzig. Wilhelm Richter ist nicht Polizeipräsident von Leipzig, sondern Polizeipräsident von Berlin; er war auch nicht in Leipzig. Göring war seit Monaten nicht in Leipzig. Ein Genosse Stahl ist in Breslau unbekannt; hingegen gibt es einen bekannten Sozialdemokraten dieses Namens, der früher dem Reichstag und zuletzt der Nationalversammlung angehört hat, den Bürgermeister Emil Stahl aus Spandau. Severing hat die Absicht, den deutschnationalen Regierungspräsidenten von Merseburg, Herrn v. Gersdorf, abzulösen, nach Lage der Verhältnisse in einem Leipziger Weinlokal nicht zu hören können; er hat sie aber auch nicht anderwärts geäußert, weil er überhaupt nicht die Absicht hat, Beamte, die ihr Amt ordentlich führen, wegen ihrer politischen Gesinnung zu mehrregeln.

Die ganze Notiz ist nichts, als eine schmutzige Verleumdung. Der Zweck der Verleumdung ist, den Satz niederzuschreiben: „Den Drang zur Futterkrippe in Ehren, aber auch die Macht der neuen roten Kabinetts tyrannen hat eine Grenze.“

Noch schöner als dieses deutschnationale Berichtsstücklein ist eine Eigenmeldung der Süddeutschen Zeitung (Nr. 53), der zufolge der Minister Severing nicht nur in der Weimarer Regierungspräsidenten herauswirft, sondern sich nebenbei auch in seiner freien Zeit an Einbruchsdiebstählen beteiligt. Das Blatt bringt einen eigenen Bericht über die Auflösung des Vereins Berliner Selbstschutz, der angeblich der Schutzpolizei in Berlin außerordentlich wertvolle Hilfsdienste geleistet und dafür vielfache Anerkennung gefunden haben soll. Noch bei dem Eisenbahnstreik habe der Selbstschutz mehrere hundert Helfer zur Verfügung gestellt. Das Blatt fährt fort:

„Der sozialistische Polizeipräsident Richter hatte ebensowenig gegen die Tätigkeit des Vereins etwas einzuwenden, wie sein Parteigenosse Severing, bis eines Nachts mehrere Einbrecher von dem Selbstschutz aufgegriffen wurden, die politisch derselben Partei angehörten wie der Herr Minister. Und das scheint von Severing unangenehm empfunden worden zu sein.“

Alle diese niederträchtigen, natürlich völlig frei erfundenen Verleumdungen werden von Berliner Büreaux systematisch über das ganze Land verbreitet, wie daraus hervorgeht, daß sie gleichzeitig in einer ganzen Anzahl von Zeitungen erschienen sind. So wird von der deutschnationalen Kloake aus die Republik und der republikanische Minister mit Schmutz bedeckt!

Minister Severing hat gegen die Zeitungen, die die letztere Verleumdung verbreitet haben, Strafantrag gestellt. Man darf gespannt darauf sein, ob das Gericht wiederum die Ehre sozialdemokratischer Minister auf etwa einen alten breuschischen Laster einschleift.

Die Deutschnationalen haben übrigens, als sie wegen dieser neuen Verleumdungen ihrer Presse zur Rede gestellt wurden, sich ausgezeichnet verteidigt. Sie haben erklärt, daß die Blätter, die diesen Schmutz verbreiten, gar keine deutschnationalen Parteigänger wären, sondern einem Klerikalern angehören, der — wie die Tägliche Rundschau — zu 50 Prozent deutschnational und zu 50 Prozent volksparteilich wäre. Es wird also noch festgestellt werden müssen, wieviel Prozent von der Verleumdung auf die hochgeborenen Herren Deutschnationalen und wieviel Prozent auf die volksparteilichen Koalitionsgenossen entfallen. Aber an der Verantwortung für derartige feine Kampfmittel kann das jedenfalls nichts ändern.

Die Entscheidung der Reparationskommission

Paris, 22. März. Die Entscheidung der Reparationskommission geht dahin, daß Deutschland im Jahre 1922 in der 720 Millionen Goldmark und für 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen zu leisten hat. Bis jetzt hat Deutschland 281 948 920,44 Goldmark geleistet. Infolgedessen sind noch 438 051 079,56 Goldmark zu bezahlen. Sollte eine Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe in den Sachleistungen festgestellt werden, dann wäre der dadurch verursachte Zahlungsbetrag Ende 1922 in bar zu entrichten.

Finanzreform
erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichsminister gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Verpflichtungen Deutschlands, noch seinen Zahlungsmöglichkeiten entspreche. Die Reparationskommission stellt deshalb fest, daß eine tiefgreifende Finanzreform und ein Aufheben der bisher beangenehten Fiskalmaßnahmen erforderlich sei. Das Budget der aus dem Friedensvertrag entstammenden Lasten lasse einen Zahlungsbetrag von 171 Milliarden Papiermark betragen. Der vorläufige Ausschuss, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewählt wurde, werde dieses Budget um ungefähr 45 Milliarden vermindern. Aber die Budgetberechnung sei auf ein Konto von 45 Papiermark für eine Goldmark berechnet, während der Tagelohn 70 Papiermark sei. Das Nettovermögen von 126 Milliarden werde also weit überschritten werden; es sei denn, daß eine wesentliche Besserung des Wertes der Papiermark einträte.

Es sei erklärt worden, daß das Reich sich annehme, eine innere Zwangsanleihe auszugeben. Aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigende Bürgschaften dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrage progressiv und schnell in das Budget aufgenommen werden müßten, und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müsse entweder auf dem Wege der Anleihe oder der direkten Besteuerung.

Die Reparationskommission hat in der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden.

- Die Bedingungen seien folgende:
1. Das Budget betriffe:
 - a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar 1922 angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgelegt sei, müßten zum festgesetzten Zeitpunkt erfüllt werden;
 - b) die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 28. Januar 1922 aufgeführt und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt werden sein;
 - c) die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatz:

Reverentwurf ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922 23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das gesamte Budget bedeckt, erbracht werde. Dieser Bescheid wäre bis vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt werden, und müße den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen.

2. Was die Kontrolle anbetrifft: Alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Die Reparationskommission werde durch den Garantenausschuss eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die Ausführung der Steuerleistungen, namentlich aber über den Eingang der Steuern ablesen könne. Die Entscheidung der Reparationskommission erhebt sich auch auf die Ausgabebudgets. Hierfür sei vorgeschrieben, daß im April eine Revision des Ausgabebudgets erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen Kontrolle vorgelegt und in das Studium der Bedingungen für die Auflegung einer äußeren Anleihe eingetragene werde.

Die Konferenz der Ernährungsminister

Am Dienstag tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Huber eine Konferenz der Ernährungsminister der Länder. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Getreidebewirtschaftung und der Kartoffelversorgung. Sämtliche Länder, mit Ausnahme von Bayern, dessen Vertretung sich eine endgültige Stellungnahme vorbehalten. Sprachen sich für die Beibehaltung der Getreidemenge aus. Ueber die Höhe der Umlage gingen die Meinungen weit auseinander. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß der Gesamtbedarf an Brotgetreide durch die Umlage gedeckt werden soll. Festgelegt wurde auch, daß schon die Erhebung der bisherigen Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen mancherlei Schwierigkeiten ergeben hat. Ueber Einzelheiten in Bezug auf die Umlage Getreidebewirtschaftung finden sich noch weitere Verhandlungen statt.

In Bezug auf die Kartoffelversorgung herrschte vollkommenes Einverständnis darüber, daß die freie Wirtschaft auf dem Kartoffelmarkt zu den allgrößten Schwierigkeiten in der Ernährung geführt hat. Allgemein wurden Maßnahmen gefordert, um für das kommende Wirtschaftsjahr die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu sichern. Auch wurde verlangt, daß bezüglich der Kartoffelversorgung andere Schritte als bisher unternommen werden. Die Vorschläge, die hierzu gemacht wurden, bezogen sich auf die Umlage, auf Lieferungsverträge, deren Erfüllung unter Ausschaltung des ordentlichen Rechtsweges erfolgt. Die Auffassung der Konferenz wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die von dem Reichsernährungsministerium bestimmte Vorschläge für die Erfassung der Kartoffeln verlangt, zum Ausdruck gebracht.

Dem Heldentod nahe

Nicht nur den Krieg haben die Generale verloren, sondern wie es scheint auch das Vertrauen zu den Waffen des Krieges. Darum verkaufen sie so eilig den Säbel mit der Feder, in der Hoffnung, hier auf leichtere Weise Lorbeeren und — Moneten ernten zu können. Einen Erfolg haben sie jedenfalls damit erzielt: einem großen Teil der Weir dieser schriftstellenden Generale sind die Augen auf- und übergegangen über die geistigen Fähigkeiten dieser Herren.

Diese Generale ähneln sich verdächtig, alle haben das Bestreben, die Wahrheit zu „erhellen“, d. h. sich selbst, den Fehlern und Sünden, die uns zu der Niederlage und zum Zusammenbruch geführt haben.

Das neueste Erzeugnis auf diesem Gebiet ist das Buch: „Der Kaiser“ von dem General der Inf. a. D. v. Eitzenhart-Rothe. „Vor allen Dingen kommt es ihm darauf an, zu beweisen, daß der Kaiser unter den vorliegenden Umständen nicht anders gehandelt haben konnte, als er gehandelt habe“, schreibt der Tag (an dem „Deutsch“ dieses Buches sind wir unskuldig). Der ehemalige Kaiser wollte nämlich gar nicht nach Holland fliehen. Scharleb er doch am 9. November in sein Tagebuch (wir nehmen an, vor dem Antritt seiner Reise):

„Und wenn mir noch einige von meinen Herren treu bleiben, mit denen kämpfe ich bis zum Neuhafen, und wenn mir alle restlos abfallen werden, so werde ich mich keine Angst. Auch ließe ich Frau und Kinder im Stich. Das kann ich nicht. Ich bleibe hier!“

Nun bleibt die Frage: Haben sich nicht einmal „einige“ Herren gefunden, die sich mit Wilhelm totschlagen lassen wollten? Oder fanden sie sich, und Wilhelm hielt, wie Hoffmann, Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit? Noch all dem, was wir an den Monarchisten seit dem 8. November 1918 bis zum jüngsten Kappsturz erlebt haben, glauben wir gern, daß sich niemand gefunden hat, der für „seinen“ Kaiser sterben wollte.

Aber auch der letzte deutsche Kaiser zeigt sich hier ganz als das Ideal der deutschen Monarchisten: als ein Mann, der nicht nach seinem eigenen Willen handelte, sondern bis zum letzten Augenblick nach dem Willen seiner Umgebung langte.

Wir können daher das Geschick der alldeutschen Junker und Offiziere nach der Monarchie und ihre Sehne gegen die Republik sehr wohl verstehen: in einem demokratisch regierten Staat, in dem der Präsident aller sieben Jahre neu gewählt wird, kann das Staatsoberhaupt niemals so zum Spielball einer kleinen verantwortungslosen Schicht werden, wie es in der Monarchie und besonders auch bei dem letzten Hohenzollern der Fall gewesen war.

Wer ist nun verächtlicher: die Monarchisten, die sich für diesen „Heldentod“ begeistern, oder dieser „Führer seines Volkes“, von dem man rühmt, daß er zu einer Zeit, in der Millionen deutsche Jünglinge und Männer jahrelang dem Tod tagtäglich ins Auge sahen, in der Tausende täglich ihr Leben und ihre Gesundheit gelassen haben, daß er in dieser Zeit auch einmal beinahe den Heldentod gestorben wäre? Es bewahrheitet sich wieder einmal — jedes Volk und jeder Teil eines Volkes haben den Führer, den sie verdienen: auch dieser Monarch und diese Monarchisten sind einander wert.

Attentat auf den chinesischen Gesandten in Paris

Paris, 21. März. Der chinesische Gesandte in Paris, Chen-hu, wurde, als er kurz nach Mitternacht in Begleitung seiner Frau und eines befreundeten Ingenieurs der chinesischen Eisenbahn von einer Gesellschaft im Straßwagen nach Hause zurückkehrte, durch eine auf ihn abgefeuerte Revolverkugel am Kopf verletzt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo die Angel durch eine Operation entfernt wurde.

Paris, 21. März. Der chinesische Botschafter Li-ho-sing, der gestern Abend auf den Straßen des chinesischen Gesandten einige Revolverkugeln abgefeuert hatte, stellte sich heute vormittag der Polizei. Der im Wagen des Gesandten befindliche Delegierte für die Genueser Konferenz, Chen-hu, wurde verletzt. Er ist noch nicht festgesetzt, ob es sich um einen politischen Anschlag handelt. Abhandlung, der Urheber des Anlasses, erklärte über die Gründe der Tat: Der chinesische Gesandte in Paris habe sich gegen die Chinesen in Paris zu wenig nachteilig gezeigt.

ger
päd
56
Horn
Kippelg
Tel. 31770
do Müller
und am
a. Farb.
hnert
Köhler
Tel. 25487
Progerie
ich. Dres-
nabe 45
etrich
ic. Leipzig
MA
Bnitz
Jamen-
Kein
ise
hf.
Kurz-,
Hörk.
w. usw.
Weid.
Spielw.
Meißner
Str. 10 c
Herrmann
Schmitt
Bernt.
48 c.
Hüte
1 -
2027
Fliese,
ecktes
Lila
Sinnich.
19
er 659
Lakab
arino
Laer
ab-
Füll-
ollen
Veis-
tel
orel.
er
tel-
r.9
g-
r.
68
al.
g
66
te
te
e